

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verlagsort: Dresden.
Verlagsnummer 25 241
Stur für Nachgelieferter: 20011.

Bezugs-Gebühr bei wöchentlicher Zustellung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 7,50, Einzelnummer M. 12, —, Sonntagsausgabe M. 15, —.
Anzeigen-Preise. Die tägliche 12 mm breite Zeile M. 2, —, außerhalb Dresdens M. 4, —. Familienanzeigen und Gelegenheitsanzeigen unter Weglass jeder Zeile M. 2, —. Derzeitige Anzeigen gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Verlagsredaktion:
Marianstraße 38/40.
Druck u. Verlag von **Opitz & Reichardt** in Dresden.
Postfach-Nr. 1088 Dresden.

PIANOS **Wolfframm** **FLÜGEL**
Weltmarke. Verkauf nur **VIKTORIAHAUS**, Ringstraße Nr. 18. Weltmarke.

Rücktritt des Kabinetts Wirth.

Die große Koalition gescheitert.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“.)
Berlin, 14. Nov. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat heute abend zu einer Besprechung über die politische Lage zusammen. Nach mehrstündiger Aussprache beschlossen die Sozialdemokraten mit großer Mehrheit, ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei in der Reichsregierung abzulehnen. Damit ist die Frage der großen Koalition vorläufig gescheitert.

Das Kabinett trat unmittelbar nach Beendigung der sozialdemokratischen Fraktionsführung zusammen und beschloß, dem Reichspräsidenten den Rücktritt des Kabinetts zu erklären.

Welche Folgen sich aus diesem Beschluß der Sozialdemokratie ergeben werden, läßt sich im Augenblick noch nicht klar erkennen. Möglich ist die Bildung eines bürgerlichen Minderheitskabinetts oder eines sozialistischen Minderheitskabinetts. In beiden Fällen ist die Auflösung des Reichstages nahegerückt. Ob es dazu kommen wird, werden die Verhandlungen, die morgen im Laufe des Tages wieder aufgenommen werden, zeigen müssen.

Die Ablehnung der großen Koalition durch die Sozialdemokraten.

Berlin, 14. Nov. Die Beratungen der sozialdemokratischen Fraktion endeten nach 11 Uhr abends mit folgendem mit großer Mehrheit gefassten Beschluß: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion lehnt die Erweiterung der Regierung durch Einbeziehung der Deutschen Volkspartei ab. (B. L. B.)

Koalition aussprach, nötigte den Kanzler zu einer Entscheidung. Nach der äusseren Ablehnung der Volkspartei und bei der schroffen Weigerung der Sozialdemokraten, mit Männern dieser Partei in einem Kabinett zusammenzuarbeiten, blieb ihm nichts weiter übrig, als seinen und der Regierung Rücktritt anzumelden.

Man darf annehmen, daß Dr. Wirth dieser Schritt wesentlich erleichtert worden ist durch die letzten bekanntgewordenen Differenzen innerhalb seines Kabinetts. Das Verhältnis, das sich zwischen ihm und dem Reichsfinanzminister seit Genua herausgebildet hatte, muß in der Tat ein längeres Zusammenarbeiten, soweit ein solches im letzten halben Jahre überhaupt vorhanden gewesen ist, außerordentlich erschwert haben. Eine Neu- oder Umbesetzung des Finanzministerpostens und eine andere Verwendung des Dr. Dermes, an die der Kanzler sicherlich im Ernst gedacht hat, dürfte aber am Widerspruch der Dermes stützenden industriellen Gruppen und auch daran gescheitert sein, daß man dem Finanzminister in unterrichteten Kreisen gegenwärtig für den besten Unterhändler in Reparationsfragen hält. Durch die Auflösung des Gesamtkabinetts hat sich der Kanzler auch dieser Sorgen mit einem Schlage entledigt.

Ueber die kommenden Tage im gegenwärtigen Augenblick Vermutungen anzustellen, muß als ein Wagnis bezeichnet werden. Sicher scheint nur, daß der Kanzler als erster vom Reichspräsidenten mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt werden wird. Ob er aber sein neues Kabinett zustandebringen vermag, muß bei den starken Widersprüchen der hauptsächlich in Betracht kommenden Parteien lebhaft bezweifelt werden. Ein rein sozialistisches Kabinett ist kaum denkbar. Es scheitert an dem Grundwack

der ganzen Kabinettsbildung, nämlich eine Regierung zustandebringen, die wirkliche Reparationspolitik zu machen fähig ist. Die große Koalition ist bei der Unnachgiebigkeit der Sozialisten gleichfalls ausgeschlossen. Bleibt nur ein bürgerliches Minderheitskabinett vom Schlage des Kabinetts Hebronbach. Die notwendige Stütze könnte hier eventuell in der bürgerlichen Arbeiterschaft gefunden werden. Es wäre zu viel behauptet, wollte man einer solchen Regierung von vornherein jede Lebensfähigkeit absprechen. Zwei Mängel würden ihr allerdings von vornherein anhaften. Sie würde keine Volksregierung im weitesten Sinne des Wortes sein, und sie würde wohl kaum die Männer in ihrer Reihe sehen, auf die bei der wesentlich außenpolitischen Einstellung, die das kommende Kabinett sich zu eigen machen muß, die Hauptbedeutung entfällt.

Muß somit die Frage des „Wie“ der künftigen Kabinettsbildung einstweilen als ungeklärt und unbestimmbar bezeichnet werden, so soll doch nicht unterlassen werden, darauf hinzuweisen, worauf es ankommt und ankommen muß. Wir brauchen ein Kabinett, das unter Voranstellung der nationalen Belange sich fähig erweist, wie Stresemann sagt, „neue Wege internationaler Vereinbarungen“ zu finden, Wege, die uns dazu verhelfen, aus dem traurigen Wirrwarr des Reparationsfeldes endlich herauszukommen und damit unser Volk vom Untergang zu retten. Beschäftigt dazu erscheinen heute einzig und allein die deutschen Wirtschaftler. Sie müssen an die Spitze gebracht werden. Und wenn sie Wirth bei seinen Kombinationsversuchen, die bevorstehen, nicht dahin zu bringen vermag, dann soll das Volk durch die Wahl eines neuen Parlaments darüber selbst entscheiden.

Die parlamentarischen Besprechungen vor dem Rücktritt.

Um die Gestalt des neuen Kabinetts.

Um die Gestaltung des neuen Kabinetts. — Die Umbildungspläne Ebert für die große Koalition. — Die Umbildungspläne Dr. Wirths.
(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 14. Nov. Reichspräsident Ebert hatte vorgestern eine Besprechung mit dem Reichskanzler über die Frage der Erweiterung des Reichskabinetts. Nachmittags 11 Uhr wurde die Besprechung des Reichstages empfangen der Reichspräsident, der sich, wie verlautet, für die große Koalition einsetzte, die Führer der politischen Parteien, die sofort danach eine Besprechung mit dem Reichskanzler hatten. Am Nachmittag fand auch eine informelle Besprechung sozialdemokratischer und sozialdemokratischer Parteiführer statt, um in gewissen Differenzpunkten Klarheit zu schaffen. Die Sozialdemokraten beanstanden vor allem die Rede Stinnes' im Reichswirtschaftsrat und beabsichtigten, an die Volkspartei die Frage zu stellen, inwieweit sie hinter diesen Neuherauskommen Stinnes' liehe. Der negative Beschlus der sozialdemokratischen Fraktion wurde gegen eine Stimme angenommen.

Dr. Wirth dürfte vom Reichspräsidenten erneut mit der Bildung des Reichskabinetts betraut werden. Reichsfinanzminister Dr. Dermes, Postminister Wiesberts und der Minister Gröber dürften kaum in ihre Ämter zurückkehren. Streitig ist noch die Frage, ob Reichswirtschaftsminister Schmidt und sein Staatssekretär Dirsch dem neuen Kabinett angehören werden. Als künftigen Reichsfinanzminister nennt das „B. L.“ den Grafen v. Helldorf. Falls die Sozialdemokratie bei der Neubildung nicht mitwirken will, könnte nur eine Minderheitskoalition zustande kommen, die aus den Parteien der Arbeitgemeinschaft bestehen würde. Sollte auch dieser Weg sich als ungangbar erweisen, dann bliebe nur noch die Auflösung des Reichstages und Ausschreibung von Neuwahlen.

Im Zentrum kam es heute vormittag zu einer Aussprache zwischen Reichskanzler Dr. Wirth und dem Reichsfinanzminister Dr. Dermes. Dr. Dermes verteidigte in einer längeren Rede seine Politik. Im Zentrum bemüht man sich, den Gegensatz zwischen den beiden Politikern auszugleichen. Dieser Gegensatz hat sich in jüngerer Zeit noch erheblich verschärft. Seit mehreren Tagen ist bekannt, daß der Reichskanzler beim Empfang der Parteiführer und bei der Mitteilung seiner Absicht, das Reichskabinett umzuwandeln, auch um Vorschläge für die Besetzung des Reichsfinanzministeriums nachgedacht und sein Dethronement gemacht habe, daß er eine Umbesetzung des Reichsfinanzministeriums plane. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erfährt, daß der Reichskanzler, der auch als Ministerium gemacht habe, eine Umbesetzung des Reichsfinanzministeriums in Paris ins Auge gefaßt habe, und dem Reichsfinanzminister Dr. Dermes diesen Posten angeboten habe.

Geheimrat Cuno in München.

München, 14. Nov. Als neuer Geheimrat wird Geheimrat Cuno, der Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, genannt. Geheimrat Cuno wollte gestern und heute in München. Er hat Dr. Garryman auf einer Reise von Hamburg nach Budapest und zurück die wirt-

schastlichen Verhältnisse Mitteleuropas gezeigt. Auf der Rückreise von Budapest wurde am Montag Station in München gemacht. Geheimrat Cuno hatte Gelegenheit, am Montag abend privatim mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. v. Knilling zusammenzutreffen.

Die bayerische Volkspartei zur Erklärung v. Knillings.

München, 14. Nov. Am Landtag begann heute vormittag eine politische Aussprache über die Erklärungen des neuen Ministerpräsidenten. Als erster Redner legte für die Bayerische Volkspartei Abgeordneter Dr. Wohlmut die Stellungnahme zur Regierungserklärung dar. Seine Partei unterzeichne die Regierungsdeklaration. Seine Partei wüßte die Mitwirkung der Einzelstaaten und den Aufbau eines föderalistischen Reiches. Unsere Föderalisierung sei so weit vom Separatismus entfernt, daß sie der beste Schrittmacher wäre für ein einig und freies Vaterland. (Lebhafte Bravo rufe.) Der Ministerpräsident müsse sich in zäher, unermüdlicher Arbeit für die Umgestaltung des Deutschen Reiches in föderalistischem Sinne einsetzen. Das deutsche Volk würde es begrüßen, wenn an Stelle einer Verfassung über die Föderation der Annahme der Weimarer Verfassung ein Entwurf zur Revision dieser Verfassung eingebracht würde. Der Redner forderte dann die Erhebung des Volkes zum nationalen Bewußtsein. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen betonte Abgeordneter Wohlmut, daß die Regierung auf kein Rechtsmittel zur Wahrung der Staatsautorität verzichten dürfe. Den Ausführungen des Ministerpräsidenten zur Frage der Schaffung eines Staatspräsidenten und einer zweiten Kammer schloß sich seine Partei an, wie Herr v. Knilling überhaupt das größte Vertrauen entgegenbringe. Dann kam noch der Redner der Vereinigten sozialistischen Partei, Abgeordneter Timm, zum Wort, der erklärte, daß seine Partei Herrn v. Knilling unterstützen werde, sofern er die Interessen der Allgemeinheit vertritt, ihn aber entschieden bekämpfen werde, wenn er eine einseitige Parteipolitik treibe. (B. L. B.)

Aufhebung der bayerischen Volksgerichte in Sicht?

München, 14. Nov. Im Laufe der nächsten Tage dürfte, wie verlautet, seitens der Regierung das Volksgericht preisgegeben und seine Aufhebung verkündet werden.

Sofortige Barauszahlungen auf Verdrängungsschäden.

Berlin, 14. Nov. Der Reichstagsausschuß, der die Ausführungsbestimmungen zum Verdrängungsschädengesetz behandelt, hat beschlossen, daß die Entschädigungen bis zum Gesamtbetrage von einer Million Mark unverzüglich nach rechtskräftiger Festsetzung oder ihrer Bewilligung bar zu zahlen sind. (B. L. B.)

Ein neuer Beweis für die Vergewaltigung Oberchlesiens.

Berlin, 14. Nov. Ueber das Ergebnis der polnischen Senatswahlen in Oberschlesien meldet die „Post“, daß sie eine ungewöhnlich starke deutsche Mehrheit in den an Polen abgetretenen Teilen Oberschlesiens ergeben.

Dollar (Amtlich): 7050
Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 6700